

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, den 25. April 2006

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: Napieralla / Deierling (Top 2 u. 3)

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther (ab 20 Uhr), Platzer, Rauscher, Schurer B. und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Brilmayer jun. (ab 20 Uhr), Gietl, Heilbrunner (ab 20 Uhr), Krug, Lachner (ab 20 Uhr), Mühlfenzl (ab 20 Uhr), Nagler, Riedl, Schechner A., Schechner M. jun. (ab 20 Uhr), Schechner M. sen. und Schuder.

Entschuldigt fehlte: ./.

Stadtkämmerer Napieralla und Herr Deierling nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Führung im Neuen Friedhof mit Herrn Bergmeister
öffentlich

Der Ehrenbürger der Stadt Ebersberg, Herr Manfred Bergmeister, führte die Anwesenden durch den Neuen Friedhof und erläuterte ausführlich dessen Planungs- und Entstehungsgeschichte. Hierbei hob er insbesondere die landschaftsplanerische und bauliche Architektur, welche in Fachkreisen deutschlandweit und darüber hinaus Beachtung findet, hervor.

TOP 2

26. FNP-Änderung – Kiesabbauflächen;
Vorstellung der Entwurfsplanung

TA 04.04.06, TOP 2

öffentlich

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 30.11.04 hat der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München die Grundlagen für die Ausweisung bestimmter Kiesabbauflächen erarbeitet. Danach handelt es sich um Flächen, die bereits im Regionalplan als Vorrangflächen bzw. Vorbehaltsflächen ausgewiesen sind und in deren Bereich Kiesabbau schon stattfindet. Ziel dieser Planung ist einerseits die Rohstoffsicherung und andererseits eine Konzentration auf bestimmte Gebiete um ortplanerisch inakzeptable Standorte auszuschließen.

Herr Deierling erinnerte, dass ein Antrag auf Kiesabbau östlich der Schwabener Straße aus dem Jahre 2004 Anlass für die Einleitung des 26. Flächennutzungsplanänderungsverfahrens war. Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB können bestimmte Vorhaben nur auf die Bereiche begrenzt werden, für die Darstellungen im Flächennutzungsplan getroffen sind. Solche Vorhaben sind an anderer Stelle nicht zulässig.

Der Regionalplan sieht eine Vorrangfläche Nr. 300 für Kiesabbau östlich der Hohenlindener Straße, Nähe Schafweide vor. Des Weiteren sind im Regionalplan die Vorbehaltsflächen Nr. 30 und 31 für Kiesabbau in Dieding und Aepfelkam vorgesehen.

Die Flächen in Dieding und Aepfelkam sind bereits genehmigt. Bei einer Darstellung im Flächennutzungsplan wären keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

Im Bereich der Schafweide existiert eine Kiesaufbereitungsanlage, die bis zum Jahre 2025 genehmigt ist. Danach müsste wieder aufgeforstet werden.

Südlich der Mülldeponie des Landkreises könnte eine Fläche für den Kiesabbau dargestellt werden, die im Wesentlichen der Vorrangfläche 300 des Regionalplanes entspräche. Eine Überschreitung der Vorrangfläche ist damit zu rechtfertigen, dass diese im Regionalplan in einem sehr großen Maßstab dargestellt ist und nur bedingt auf den wesentlich kleineren Maßstab des Flächennutzungsplanes übertragen werden kann. Des Weiteren ist es sinnvoll, wenn sich die Ausweisung der Flächen an den tatsächlichen Grundstücksgrenzen orientiert, da der Kiesgrubenbetreiber im Regelfall nur komplette Grundstücke zum Ausbeutungszwecke erwerben kann.

Es wird vorgeschlagen, die Grundstücke FINr. 1186/1, 1187/2, 1188 bis 1191 und 1116 der Gemarkung Ebersberg sowie die Grundstücke FINr. 3286 bis 3289 der Gemarkung Oberndorf im Flächennutzungsplan der Stadt Ebersberg als Flächen für den Kiesabbau darzustellen. Das Ausbeutungspotenzial dieser Flächen würde den Kiesbedarf für 12 bis 15 Jahre decken.

Die Konzentrationsfläche östlich von Dieding ist im Flächennutzungsplan bereits mit einer Größe von ca. 5,8 ha dargestellt. Mit Bescheid des Landratsamtes vom 15.04.1999 wurde eine Erlaubnis mit Auflagen erteilt, auch auf den nördlich angrenzenden Flächen Kies abzubauen. Mit weiteren Genehmigungsbescheiden vom 15.04.1999, 31.05.1999, 19.02.2001, 08.02.2002 und 17.07.2002 wurde diese ursprüngliche Erlaubnis geändert bzw. ergänzt und präzisiert.

Diese Erweiterung nach Norden ist jedoch nicht mit dem im Regionalplan dargestellten Vorbehaltsgebiet Nr. 30 identisch, das westlich der bisherigen Abgrabungsfläche liegt. Im Hinblick auf die nach Norden bereits vorgenommene Erweiterung der Kiesabbaufäche ist jedoch im überschaubaren Zeithorizont des Flächennutzungsplans von ca. 15 Jahren ein Abbau auf der Vorbehaltsfläche Nr. 30 nicht erforderlich. Eine Ausweisung der Vorbehaltsfläche im Flächennutzungsplan ist daher derzeit nicht sinnvoll und erforderlich.

Die Konzentrationsfläche östlich von Aepfelkam (Vorbehaltsfläche Nr. 31) wird derzeit bereits auf Grund einer erteilten Genehmigung abgebaut. Auch dieses Fläche reicht für einen überschaubaren Zeitraum von etwa 15 Jahren aus, so dass Flächen über den derzeitigen Bestand hinaus nicht auszuweisen sind.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung von Kiesabbaufächen im Bereich der Vorrangfläche Nr. 300 an der Thailinger Straße gab der Planungsverband zu bedenken, dass derzeit auf den Grundstücken FINr. 3294 und 3295 der Gmkg. Oberndorf eine Asphaltmischgutanlage betrieben wird. Für diese Anlage könnte im Zusammenhang mit der FNP-Änderung nun ein Sondergebiet „Anlage zum Aufarbeiten von Kies und Asphaltmischanlagen“ ausgewiesen werden. Dies würde jedoch bedeuten, dass die Stadt einen Betrieb der Anlage über den bisher genehmigten Zeitraum bis zum Jahre 2025 hinaus will.

Der TA hat dies in seiner Sitzung am 04.04.2006 abgelehnt.

Einstimmig mit 25 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses die vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München erarbeitete Planung i.d.F.v. 04.04.06 zu bestätigen.

Weiter beschloss der Stadtrat mit 25 : 0 Stimmen auf Empfehlung des TA's ein Sondergebiet „Anlage zum Aufarbeiten von Kies und Asphaltmischanlage“ nicht auszuweisen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung) durchzuführen.

TOP 3

Remondis Industrie Service GmbH & Co. KG;
28. FNP-Änderung - Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes für die Grundstücke FINr. 1193/1 u. -/2, Gmkg. Ebersberg zur Ausweisung eines Sondergebietes zur Lagerung und Behandlung von Abfällen
TA 04.04.06, TOP 8

öffentlich

Die Angelegenheit wurde in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 04.04.2006 behandelt und vorberaten.

Die Grundstücke FINr. 1193/1 und 1193/2 Gmkg. Ebersberg an der Schafweide sind im rechtswirksamen Flächennutzungsplan als „Fläche für Versorgungsanlage“, mit dem Planzeichen „Abfall“ und dem Rekultivierungsziel „Sukzessionsfläche“ ausgewiesen. Ferner ist das Gebiet mit der Bezeichnung „Abfallentsorgungszentrum des Landkreises Ebersberg – Mülldeponie“ versehen. Zwischenzeitlich unterhält die Firma Remondis dort ein genehmigtes Zwischenlager für Problemabfall. Es werden dort sämtliche Problemabfälle wie Farben, Lacke, Lösungsmittel etc. gesammelt und logistisch weiterbearbeitet, um dann an endgültige und geeignete Entsorgungslager abtransportiert zu werden. Dies findet derzeit im offenen Entladehof des Landkreises statt.

Die Firma Remondis beabsichtigt im ersten Drittel der Halle die Aufbereitung des Problemabfalls zu betreiben (Vermengung mit Sägemehl und Konfektionierung des Gemenges). In diesem Zusammenhang soll Remondis um Auskunft gebeten werden, wie die verbleibende Lagerfläche zukünftig genutzt wird. Anfallende Dämpfe durch Lösungsmittel werden über eine Abgasreinigungsanlage behandelt. Die hierzu erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung wird nach Rücksprache mit der Unteren Immissionschutzbehörde in Aussicht gestellt, da durch eine Vorprüfung die Werte eingehalten werden.

Nach Auskunft wird mit zwei LKW's pro Tag gerechnet.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist durch die Vergrößerung der Fläche und die Änderung der Nutzung erforderlich. Die beabsichtigte Nutzung ist sinnvoll und im Hinblick auf die vorhandene Infrastruktur vernünftig.

Im Technischen Ausschuss herrschte Einigkeit darüber, die Vergrößerung der Fläche mit der beantragten Nutzung zu ermöglichen, allerdings in Verbindung mit der Forderung, kein Endlager, sondern wie bisher ein Zwischenlager zu betreiben.

Stadtrat Mühlfenzl empfahl, abweichend vom Entwurf der Beschlussabschrift über die Niederschrift der TA-Sitzung vom 04.04.06, lfd.-Nr. 09 an Stelle von „Lagerung“ ausdrücklich die „Zwischenlagerung“ zu beschließen.

Bürgermeister Brilmayer stellte klar, dass dies auch dem Antrag der Firma Remondis entspricht.

Einstimmig mit 25 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat auf Empfehlung des Technischen Ausschusses den FNP im Bereich der jetzigen Müllsortierhalle und dem Verwaltungsgebäude in ein Sondergebiet für Abfallverwertung zu ändern.

Weiter beschloss der Stadtrat mit 25 : 0 Stimmen in dem künftigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan durch geeignete Festsetzungen oder Vereinbarungen sicherzustellen, dass in dem Gebiet lediglich eine Zwischenlagerung erfolgt.

TOP 4

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung
und den Haushaltsplan 2006 samt Anlagen

FIVA 28.03.06, TOP 1

öffentlich

Eingangs fasste Bürgermeister Brilmayer kurz das Beratungsergebnis des vorangegangenen Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 28.03.2006 zusammen. Hierbei teilte er mit, dass in den Vorberatungen grundsätzlich die einzelnen Haushaltsstellen besprochen wurden und dass dem Stadtrat eine einstimmige Beschlussfassungsempfehlung für den Haushalt 2006 vorliegt.

Anschließend führte Stadtkämmerer Napieralla zum Gesamthaushalt 2006 Folgendes aus:

Der vorliegende Haushaltsplan 2006 wurde Ihnen mit der Ladung am 12. April per Post zugesandt. Der nun vorliegende Haushalt beinhaltet: Haushaltssatzung, Vorbericht, Kurzerläuterungen, Gesamtplan und den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt selbst.

Als Anlagen waren beigefügt: Stellenplan, Übersicht über Schulden, Rücklagen und dauernde Leistungsfähigkeit, Diagramme, Haushaltsquerschnitt, Finanzplan, Gruppierungsübersicht, Investitionsplanung und Deckungsvermerk.

Der Haushaltsentwurf wurde am 28.03.2006 im Finanz- und Verwaltungsausschuss ausführlich vorberaten und Ihnen einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Diese Empfehlung ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende wieder einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen.

Der Haushalt 2006 schließt nunmehr im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 16.950.000 und im Vermögenshaushalt mit jeweils € 9.180.000. Dies entspricht einer Gesamtsumme von € 26.130.000 und ist somit um 1,8 Mio. Euro niedriger als 2005.

Ausschließlich für rentierliche Wasser- und Kanalinvestitionen sind im Haushalt 2006 Kreditaufnahmen in Höhe von € 2.485.000 geplant. Ansonsten sind keine Kreditaufnahmen für die Stadt Ebersberg vorgesehen.

Nachdem -wie von Ihnen mitgetragen- freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr 2005 zur Umschuldung von unrentierlichen auf rentierliche Schulden eingebracht und keine neue rentierliche Kreditaufnahme getätigt wurde, hat die Stadt Ebersberg ab 2006 nur noch rentierliche Schulden aufzuweisen. Rentierlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass alle Zins- und Tilgungsleistung durch Gebühreneinnahmen, welche wiederum exakt nach Einnahmen und Ausgaben kalkuliert werden, abgedeckt sind. Freigewordene Zins- und Tilgungsleistungen aus allgemeinen Haushaltsmitteln können nunmehr für andere Zwecke verwendet und eingesetzt werden.

Der Haushaltsentwurf wurde im Finanz- und Verwaltungsausschuss nach einzelnen Haushaltsstellen erläutert, deshalb möchte ich Ihnen jetzt die größeren Einnahme- und Ausgabepositionen des Gesamthaushalts mittels Kreisdiagramm kurz darstellen.

Anhand der beiliegenden Kreisdiagramme (**siehe Anlage 1 und 2**) und den Anlagen 1 bis 9 (siehe Niederschrift des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 28.03.2006) stellte Stadtkämmerer Napieralla den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2006 entsprechend den jeweiligen Einzelplänen 0 bis 9 dar.

Weiter führte Stadtkämmerer Napieralla aus:

Abschließend darf ich zur Gesamtfinanzsituation noch folgende 4 Punkte ausführen. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich hierbei den Punkt 1 aus dem letzten Jahr fast im gleichen Wortlaut wiederholen möchte:

1. Der Verwaltungshaushalt 2006, wie auch voraussichtlich die kommenden Verwaltungshaushalte, sind „ausgereizt“, wenn die Steuereinnahmen (vor allem Gewerbe- und Einkommensteuer) auf gleichem Niveau bleiben. Heute können wir hinsichtlich der Gewerbesteuererinnahmen zwar vorsichtig optimistisch sein, aber wir wissen nicht exakt was morgen passiert. Deshalb bleibt uns 2003 in wirklich nicht guter Erinnerung. Das immer noch geringe Wirtschaftswachstum, die hohe Arbeitslosigkeit, die anstehenden Reformen in Bereichen der gesetzlichen Sozialversicherung und nicht zuletzt die Globalisierung auf dem Arbeitsmarkt werden -und davon bin ich überzeugt- auch unsere kommunale Finanzsituation in den nächsten Haushaltsjahren tangieren bzw. betreffen. Die darauf zwingend sich ergebende Bundes- und Ländergesetzgebung bleibt abzuwarten
Deshalb darf man -wie im letzten Jahr- auch weiterhin mit Stärke und Selbstbewusstsein sagen dürfen, welche freiwilligen Leistungen die Stadt Ebersberg nach wie vor erbringt.

Ehrungen und Repräsentationen, Agenda, Städtepartnerschaft, Hallenbad, Bücherei, Altes Kino, Kinderkrippe, -hort, -gärten, Kinder-, Jugend- und Sportförderung, Zuschüsse für Senioren, Bürgerhaus, städtische Grünanlagen, Wohlfahrtspflege, Feste und Veranstaltungen, Heimatpflege, Kulturförderung, Bildungseinrichtungen wie Volkshoch- und Musikschule, Stadtarchiv, eine ganze Reihe von Vereinszuschüssen usw. usw.

Diese Überbegriffe könnten noch ins Detail aufgeschlüsselt werden und man würde noch genauer erkennen, wo überall die Stadt unterstützend auftritt. In den letzten Jahren sind noch hinzugekommen: Museum Wald und Umwelt, Umweltstation, Jugendzentrum, 3-fach Turnhalle, Schülerbetreuung, der Einstieg in den Stadtsaal und zuletzt das Sachgebiet: Kinder Jugend und Familie.

Auf diese Leistungen darf man ohne weiteres stolz sein. Aber: Um das Geschaffene zu erhalten, ist auf der anderen Seite nicht immer zusätzlich „ein Mehr“ möglich.

2. Das Ziel, im Verwaltungshaushalt wieder mehr als die Mindestzuführung zu erwirtschaften, darf nicht aufgegeben werden. In diesem Zusammenhang muss weiterhin auf die relativ hohe Steuerkraft der Stadt und damit auf die Kreisumlage geachtet und hingewiesen werden. (Rücklagenbildung ist hier für uns besonders wichtig).
3. Heuer beinhalten die Einnahmen im Vermögenshaushalt überwiegend Erlöse aus Grundstücksgeschäften, welche für Investitionen auch wieder veranschlagt sind. In den kommenden Jahren werden nicht diese Verkaufserlöse in gleicher Höhe zur Verfügung stehen. Dies bedeutet geringere Investitionsmöglichkeiten. Der Vermögenshaushalt 2006 mit seinen Investitionsausgaben ist erst gesichert, wenn insbesondere das veranschlagte Grundstücksgeschäft, nämlich der Flächenverkauf für den Geschosswohnungsbau im Bereich Friedenseiche V, finanziell abgewickelt ist.
4. Insgesamt steht die Stadt derzeit auf finanziell gesunden Beinen. Die gegenwärtige Finanzlage ist ausgeglichen. Dank Ihrer Entscheidungen und Mithilfen in den Sparhaushalten 2003 und 2004 (diese katastrophale Finanzsituation habe ich nicht vergessen, sie steckt mir immer noch in den Knochen) konnte der unrentierliche Schuldenstand zu Gunsten des Ebersberger Steuer- und Gebührenzahlers auf 0 reduziert werden. Damit

wurde Mittelfreiheit im Verwaltungshaushalt geschaffen und der richtige Weg für eine ordentliche und stabile Finanzpolitik der Stadt Ebersberg geebnet.

Zum Schluss bat Stadtkämmerer Napieralla die Stadtratsmitglieder -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2006, sowie den Haushaltsplan 2006 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen zu beschließen. Der Beschluss sollte -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden sein, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2006 der Rücklage zuzuführen.

Für die Stadtratsfraktion der CSU hielt Stadträtin Dr. Luther Folgendes fest:

- Die wesentliche und wichtige Diskussion zum Haushalt 2006, in welcher auch Veränderungen, Streichungen und Nachbesserungen der Haushaltszahlen vorgenommen wurden, ist bereits im vorberatenden Gremium des Finanz- und Verwaltungsausschuss erfolgt. Nunmehr kann im Rahmen eines Grundrituals Stellung zum Gesamthaushalt genommen werden.
- So könne man davon ausgehen, dass, wenn keine „größeren Konflikte“ im Raum stehen, eine hoffentlich harmonische Haushaltssitzung stattfinden kann.
- Dies stehe auch vor dem Hintergrund, dass der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Stadtrat eine einstimmige Empfehlung zur Beschlussfassung vorgelegt hat.
- So war der Weg 2003/2004 noch hart und steinig, damals hatte man sich nicht vorstellen können, dass bereits 2006 eine stabilere Finanzsituation vorliegt und sozusagen eine Erholung eingetreten ist.
- Danach lässt sich mit Lob, Begeisterung und tiefer Überzeugung sagen, dass das Streichen und Sparen 2003 richtig war.
- Im unrentierlichen Bereich ist man schuldenfrei, der Haushalt 2006 ist solide kalkuliert, er ist vernünftig und diszipliniert; jetzt könne man wieder investieren und Projekte fortsetzen wie z. B. Schule, Straßenunterhalt, Sport, energiesparende Straßenbeleuchtung (Gelblicht). Dennoch ist zu erkennen, dass auch weiterhin sparsames Wirtschaften gleich wichtig eingestuft ist. Ein Beispiel könnte sein, dass erst eine notwendige neue zusätzliche Kinderkrippe eröffnet wird, wenn aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen Kindergartenplätze frei bleiben und deshalb eine Kindergartengruppe aufgelassen werden kann.
- Es ist richtig einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss in die Rücklage zu geben, damit erst dann im darauf folgenden Jahr diese gesicherten und tatsächlich vorhandenen Mittel eingesetzt werden können.
- der vorliegende Haushalt stärkt weiterhin die Alltagslebensqualität in Ebersberg („es tut sich was, es rührt sich was“), deshalb sei es wünschenswert, dass das Stadtratsgremium einstimmig, auch die Kollegen der SPD Fraktion und der GÜNEN, den Haushalt 2006 befürwortet.
- Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt 2006 zustimmen.

Abschließend bedankte sich Stadträtin Dr. Luther bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2006 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Für die Stadtratsfraktion der SPD führte Stadträtin Schurer Folgendes aus:

- Es war in der Vergangenheit richtig gemeinsam zu sparen und bei der Haushaltsplanaufstellung zusammen zu arbeiten
- So ist es auch in Ordnung, dass die rentierlichen Schulden auf 0 zurückgefahren werden konnten.

- Der Haushalt 2006 sei solide aufgestellt, insbesondere auch, weil sämtliche angeforderten Haushaltsmittel für den Schulbereich eingestellt worden sind

Insgesamt gilt deshalb ein Dank an alle Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2006 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer), aber...

- Das Haushaltswerk sei nicht zukunftsweisend, visionär und phantasievoll. Dies zeigt sich u. a. darin, dass die Projekte: Wasserleitungsnotverbund mit Grafing, Bahnhofumgestaltung oder Rückabwicklung „Agenda Gehweg Kolpingstraße“ in der Finanzplanung nicht auftauchen.
- Es sei auch nicht verständlich, dass die Stadträte/Innen den Sachverhalt vom geplanten WL-Notverbund mit Grafing aus der Presse erfahren
- Insgesamt sei das vorgelegte Zahlenwerk buchhalterisch gut und solide aber nicht richtungsweisend.
- Die Zukunftsentwicklung kommt im Haushalt 2006 zu kurz.
- Der Haushalt enthält keine Visionen bzw. Prioritäten.
- Einzig energiepolitisch zukunftsorientiert sei die Mittelbereitstellung und vorherige Überprüfung, ob Teile der städtischen Straßenbeleuchtung in Gelblicht umgewandelt werden können.
- Insgesamt wird die SPD-Fraktion dennoch dem Haushaltsplan 2006 zustimmen.

Für die Stadtratsfraktion der UWG teilte Stadtrat Gietl zum Haushalt 2006 mit:

- Man habe in der Tat in den Jahren 2003 und 2004 „mit dem Rotstift regiert“.
- Nur so konnte der einzig richtige Weg vom „zu Tode sparen“ zu der jetzt vorliegenden entspannteren Finanzsituation geschafft werden.
- Für die UWG ist von besonderer Bedeutung, dass im Haushalt die entsprechenden Mittel für die Sanierung des Klostersees eingestellt sind.
- Der Haushalt sei sorgfältig, solide und übersichtlich in seiner Darstellung aufgebaut
- Die UWG werde dem Haushaltswerk zustimmen.

Abschließend bedankte sich Stadtrat Gietl bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2006 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Stadtrat Berberich sprach für die Stadtratsfraktion der Grünen:

- Er könne sich der allgemeinen Begeisterung nicht anschließen und möchte vielmehr Oppositionskritik üben.
- Zwar sei man aus dem Tal der Tränen heraus, aber bei weitem sei man nicht auf der sicheren Seite
- Die Abstände von Tief zu Tief werden immer kürzer, deshalb gebe es jetzt keinen Anlass zur Freude. In drei, vier Jahren könne es wieder anders aussehen.
- Man müsse weiterhin sehr kritisch die laufenden Folge- und Unterhaltskosten beobachten; ansonsten laufe man Gefahr, kein Geld für Investitionen zu haben.
- Die laufenden Mittelausgaben gingen zu spontan von sich; man müsse konsequenter handeln bzw. nachverhandeln.
- Er vermisse auch die kritische Distanz zu Handel und Gewerbe.
- Der Klosterbauhof-Innenhof sei materiell zu teuer in seiner Errichtung (einschl. Planungskosten) wie auch in seiner Unterhaltung. Außerdem sei er nach wie vor strikt dagegen, dass der Hof überhaupt mit Fahrzeugen befahren und beparkt werden kann. So bleibt der Innenhof eine „verkehrsbeunruhigte Zone“.
- Hinsichtlich des Hallenbades sollte eine generelle Betriebsführungsstrategie in einer eigenen Stadtratssitzung beraten werden. Die Unterhaltskosten seien ein Fass ohne Boden. Die derzeitigen „kleinen“ Reparaturen seien nur eine „Kosmetik an der Leiche“. Die weiterhin steigenden Energiekosten sollten eine Verdoppelung der Eintritts-

gebühren nach sich ziehen, die vor allem von älteren Besucher (Rentner) leicht bezahlt werden könnten.

- Die Sanierung des Klostersees werde mehr Geld kosten als eingeplant. Die Einbettung des Schlammes im Forst werde teurer werden; ebenso wird der gewünschte Effekt des trocknenden Schlammes und die dadurch gewollte Kostenreduzierung ausbleiben.
- Auch der Stadtsaal und die Hochwasserfreilegung wird voraussichtlich teurer; man sollte den Mut zum Wechsel von Projektanten haben und verschiedene Planungen selbst ausführen.
- Die Planungen zur Umgestaltung des Bahnhofsgebäudes und –geländes sollten nochmals überdacht und korrigiert werden; dadurch könne man Kosten einsparen
- Insgesamt sollten in der Ebersberger Kommunalpolitik weiterhin Gemeinsamkeiten gepflegt werden und deshalb stimmen die Grünen dem Haushalt 2006 zu.

Abschließend bedankte sich Stadtrat Berberich bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2006 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Auf die vorgebrachten Haushaltsreden erwiderte Bürgermeister Brilmayer:

- Im Stadtrat der Stadt Ebersberg gibt es weder Opposition noch Regierung. Insofern sollten einfach nur sachgerechte Argumente ausgetauscht werden. Die Vertreter der Grünen seien in der Vorberatungssitzung zum Haushalt 2006 nicht anwesend gewesen und deshalb seien verschiedene Informationen nicht bekannt.
- Hinsichtlich Hochwasserfreilegung und Bahnsteigzugang West gibt es eindeutige Stadtratsbeschlüsse, zu deren Änderung es bis dato keinen Anlass gibt.
- Das Hallenbad wird jährlich von ca. 40.000 Benützern in Anspruch genommen (insbesondere Schüler), sodass es nicht machbar sei, die Eintrittsgebühren zu verdoppeln.
- Er habe in Ebersberg in der Tat keine kritische Distanz zu Handel und Gewerbe, aber genauso keine Distanz zum „einfachen“ Bürger und zu den Vereinen. Darüber hinaus sei die offensive Gewerbepolitik und Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit heute dafür mitursächlich, dass in Ebersberg wieder investiert (deshalb sehr geringe Arbeitslosigkeit) und das ewige Sparen etwas reduziert werden kann.
- Im Augenblick stehe die Stadt „so gut da“ wie lange nicht, das sollte man sagen, aber eben auch, dass dies im Augenblick so ist. Denn eine finanzielle Sicherheitsgarantie für die ganze Zukunft wird es nicht geben.
- Das Planungskonzept zu WL-Notverbund mit Grafing wird demnächst im zuständigen Ausschuss beraten; auch wann die Umsetzung erfolgen soll. Im Haushalt 2006 waren lediglich geringe Planungskosten vorzusehen.
- Die Klosterseesanierung läuft ordnungsgemäß ab, durch den lang andauernden Winter ist mit einer bis zu dreiwöchigen Verzögerung zu rechnen
- Mit dem Bahnsteigzugang West kann erst begonnen werden, wenn die Bahn mit der Erhöhung bzw. Verbreiterung des Bahnsteiges begonnen hat. Hinsichtlich der Umgestaltung des Bahnhofsgebäudes wird ein Investor gesucht; städtische Haushaltsmittel sollen nicht in Anspruch genommen werden.
- Grundsätzlich soll auch in Zukunft gespart werden. Aber die in den letzten Jahren entstandene „Sparbugwelle“, welche durch zurückgestellte, aber dringend notwendige Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen entstanden ist, sollte stetig abgebaut werden.

Stadtrat Mühlfenzel regte an, für eine der kommenden Sitzungen des Finanz- und Verwaltungsausschusses eine Liste aufzulegen, welche die zahlenmäßige Summe der Sparbemühungen der Jahre 2003 bis 2005 erbracht haben. Hierbei sollen auch die Immobilienverkäufe Berücksichtigung finden.

Einstimmig mit 25 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2006, sowie den Haushaltsplan 2006 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen. Der Beschluss umfasst ebenso -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss am Jahresende 2006 der Rücklage zuzuführen.

TOP 5

Bestellung des 1. Bürgermeisters zum Standesbeamten für Eheschließungen
öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab Eingangs Bürgermeister Brilmayer die Sitzungsleitung an die stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt ab und Stadtkämmerer Napieralla trug folgenden Sachverhalt vor:

Nach der Verordnung zum Vollzug des Personenstandgesetzes endet automatisch die Bestellung zum Standesbeamten für Eheschließungen von Herrn Bürgermeister Brilmayer, vom 15.06.2000 mit Ablauf seiner Amtszeit am 14.06.2006.

Die Stadtverwaltung bittet Sie daher, Herrn Bürgermeister Brilmayer (aufgrund seiner Wiederwahl am 12.03.2006) unmittelbar mit dem Beginn seiner neuen Amtszeit erneut zum Standesbeamten für Eheschließungen zu bestellen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 24 : 0 Stimmen Herrn Bürgermeister Brilmayer erneut zum Standesbeamten für Eheschließungen zu bestellen.

Anmerkung: Bürgermeister Brilmayer nahm an der Abstimmung nicht teil.

TOP 6

Verschiedenes

öffentlich

Geothermische Untersuchungen:

Bürgermeister Brilmayer informierte das Gremium von einer Anfrage einer Firma, welche im Gemeindegebiet von Ebersberg evtl. geothermische Untersuchungen für Zwecke von Energiegewinnung durchführen möchte. Die Fachleute der Firma würden gerne Ihre Vorstellungen und Absichten in einer eigenen Stadtratssitzung erläutern.

Bürgermeister Brilmayer schlug hierfür den Termin: Montag, den 19.06.2006, 19.30 Uhr, vor. Zu dieser öffentlichen Sitzung sollte auch der entsprechende Agenda-Arbeitskreis eingeladen werden.

Antrag der UWG vom 25.04.2006

Stellvertretender Bürgermeister Ried verlas den o. g. Antrag (Anlage 3).

Ohne Gegenrede wurde der Antrag zur Kenntnis genommen.

TOP 7

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadträtin Schurer; stellv. Bürgermeister Ried:

Am vergangenen Karsamstag wäre entlang der Ebrach (hin zum Klostersee) aufgrund massiver landwirtschaftlicher Gülleausbringungen ein regelrechter Gülleschaum bis zu 20 cm hoch auf der Ebrach entlang geschwommen.

Dieser Vorgang sollte unbedingt dem Berater der Landwirte zur Klosterseesanie rung, Herrn Hutterer, mitgeteilt werden, um entsprechendes zu veranlassen.

Stadtrat Berberich:

Es solle überprüft werden, ob es lt. Durchführungsvertrag dem Hagebaumarkt erlaubt ist, Fernsehgeräte zu verkaufen, welche auch der örtliche Kleinfachhandel vertreibt. Hierzu wird Stadtrat Berberich gelegentlich in der Stadtverwaltung nachfragen.

Stadtrat Schechner A.:

Stadtrat Schechner A. monierte den Zustand der Wertstoffsammelstelle an der Esso Tankstelle. Vermutlich hätte man dort unerlaubt gewerbliche Abfälle (Kleider) entsorgt bzw. einfach vor die Container geworfen. Vielleicht könne der städtische Bauhof nach dem Rechten sehen.

Stadtrat Gietl:

Stadtrat Gietl bat um Mitteilung, ob es hinsichtlich der Abfallentsorgung „gelber Sack“ für die Stadt neue Vorgehensweisen gibt.

Bürgermeister Brilmayer teilte mit, dass es für die Stadt Ebersberg bis auf weiteres beim altherkömmlichen System bleibt (bisherige Wertstoffsammelstellen).

Stadträtin Hülser:

Stadträtin Hülser monierte, dass einer der städtischen Briefkästen des Bürgerhauses am Torbogen mit einem Klebeband verunstaltet sei. Vielleicht könne ein städtischer Mitarbeiter nach dem Rechten sehen.

Stadtrat Schuder:

Der Weg im neuen Friedhof, unmittelbar nach dem Eingangstor nach rechts unten (westlich nach süden), ca. 35 m., sei für alte Leute bergab, wie auch bergauf sehr beschwerlich. Vielleicht könnte entlang dieses Teilstücks ein einfacher Handlauf mit einer einfachen Bank errichtet werden. Hierfür hätte er auch schon einen Spender, welcher € 1.000 bezahlt.

Stadtrat Gietl:

Stadtrat Gietl lobte die neuen Pächter des Klosterbauhofrestaurants „Fidelio“. Hier hätte die Stadt in der Tat gute Vertragspartner bekommen. Von allen Seiten höre er hinsichtlich Bedienung, Getränke und Speisen nur positive Nachrichten.

Stadträtin Gruber:

Stadträtin Gruber monierte den Vandalismusschaden am vergangenen Wochenende am Fußballplatz an der Attenberger-Schillinger-Straße und wollte wissen, wie es dort weiter gehe.

Bürgermeister Brilmayer antwortete:

1. Die Glasscherben wurden so gut als möglich beseitigt. Dennoch kann ein weiterer Personenschaden nicht ausgeschlossen werden.
2. Stadtjugendpfleger Hölzer, Frau Pfleger und er werden sich zusammen setzen, das weiter Vorgehen beraten und in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses berichten.
3. Ggf. solle die Einzäunung des Platzes überprüft werden, sodass ein zukünftiges unerlaubtes Betreten als „Hausfriedensbruch“ angezeigt werden kann.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Napieralla
Schriftführer

Deierling
Schriftführer (Top 2 u. 3)

Keine Wortmeldungen in der nicht öffentlichen Sitzung